

HAUSHALTSREDE 2017-2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Venten,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
der anwesenden Presse
und alle erschienenen Mitbürgerinnen und -bürger

Die sogenannte GroKo soll üblicherweise eine Ausnahme sein; nunmehr droht uns diese politische Konstellation erneut im Bund. Die Akzeptanz in der Bevölkerung zeigte sich im letzten Wahlergebnis.

In unserer Gemeinde Korschenbroich werden neue Ideen, die von den Oppositionsparteien stammen, in aller Regel abgeschmettert mit der Mehrheit von CDU und SPD. Viele Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge der letzten Jahre sind nach wie vor aktuell und werden durch GroKo-Beschlüsse einfach nicht angegangen; oder erst nach Ablauf des „**Urheberrechts**“ werden derartige Ideen als eigene ausgegeben.

Edgar Faure (ein französischer Politiker) sagte einmal Politische Probleme sind wie Camembert: Wenn man sie lange liegen lässt, laufen sie einem davon. Diese These hat zwei mögliche Richtungen; entweder werden die Probleme größer oder sind nicht mehr relevant.

Wir hingegen sind nicht gewillt Probleme durch Nichtstun zu erledigen.

Dem vorliegenden Haushalt können wir wegen unausgewogener Bevorzugung von wenigen und Benachteiligung vieler Mitbürger nicht zustimmen.

An 3 Beispielen möchte ich die vorgenannte Problematik einmal aufzeigen:

Beispiel 1

Wir beantragen schon seit mehreren Jahren die ultimative Einführung der papierlosen Ratsarbeit, die sich auch auf die papierlose Arbeit in den jeweiligen Ausschüssen erstrecken sollte.

Kostenersparnisse würden entstehen durch

- Einsparungen beim Papier,
- geringere Nutzung der Kopiergeräte und des dabei benötigten Toners und Stroms,
- die ansonsten benötigte Woman- und Manpower, die nicht gebunden wird und so für die Bürgerschaft sinnvoller eingesetzt werden kann;
- Einsparung des Briefportos
- Wegfall der entstehenden Abnutzung der städtischen Kurierfahrzeuge mit entsprechender Einsparung der hierfür erforderlichen Dienstleistung.

Die gleichzeitige Entlastung der Umwelt schöner aber auch gewünschter Nebeneffekt.

Um so arbeiten zu können muss man entsprechend ausgerüstet sein; wir schlagen daher die Anschaffung sogenannter Tablets vor, die jedem in den politischen Ausschüssen mitarbeitenden Bürger zur Verfügung gestellt werden.

Wenn wir uns einer Sammelbestellung des RheinKreisNeuss anschließen würden, der für seine Kreistagsmitglieder ebenfalls EDV Material anschaffen möchte, würden wir erhebliche Rabatte erhalten. Eine derartige Chance auszulassen bedeutet, fahrlässig den Haushalt stärker als unbedingt nötig zu belasten da **wir an dieser fortschrittlichen Arbeitsweise nicht herumkommen werden, die Frage ist nur wann.**

Den Einwand von Herrn Houben während der letzten städtischen Haushaltsberatungen kann ich persönlich nicht nachvollziehen, als er anmerkte, dass wir im Jahre 2030 zurückblickend auf das jetzige Jahr zufrieden sein werden, dass wir uns keine Geräte angeschafft hätten, denn die wären dann schon längst überholt. Einen derartigen unpassenden Redebeitrag ohne inhaltliche Aussagekraft kannte ich bislang bei der Fraktion der Grünen noch nicht.

Das Totschlagargument der Verwaltung lautet, sofern ein Ratsmitglied sein Veto einlegt, war`s das.

Mit dieser Verhinderungstaktik entgeht uns ein erhebliches Einsparpotenzial.

Entgegengestellt werden muss die ablehnende Haltung vieler Einwohner die Bürgerbüros in Kleinenbroich und Glehn zu schließen; obgleich im Verhältnis zu den Einsparungen beim „papierlosen Büro“ diese Einsparungen geringer ausfallen, trotz Ablehnung haben viele Bürger keine Mitspracherechte, um derartige Maßnahmen zu verhindern.

Bei unserer immer älter werdenden Bürgerschaft gibt es vermehrt praktische Schwierigkeiten dem Ansinnen der Verwaltung, Verwaltungsvorgänge in

Korschenbroich im Rathaus zu erledigen, nachzukommen. Mit einem Rollstuhl ist es definitiv unmöglich mit dem Bürgerbus anzureisen.

Es wurde ernsthaft verlangt, dass ein 80 Jahre alter Beispielbürger übers Internet mit dem Computer einen entsprechenden Antrag bei der Verwaltung einreichen soll.

Nicht nachvollziehbar ist für mich, dass von der Bevölkerung EDV-Handeln verlangt wird, von Ratsmitgliedern nur, wenn diese es auch wollen.

Nach wie vor bin ich der Auffassung, dass die völlige Schließung der beiden Bürgerbüros ohne Kompensation unsozial ist.

Eine Kompensation ist möglich durch Betreibung eines Bürgerbusses, wie verschiedene Gemeinden am Niederrhein es praktizieren. Ein derartiger Verwaltungsbus ist vollständig ausgestattet, fährt im zeitlich vorgegebenen Rahmen - oder auf Anforderung - einzelne Ortsteile an, um direkt Anliegen der Bürger vor Ort bearbeiten zu können.

Beispiel 2

Wilde Müllkippen in der Natur werden immer mehr. Die Beseitigung eines derartigen Umweltfrevels kostet nicht unerheblicher Steuergelder, die wir alle aufbringen müssen.

Unser Antrag zielte darauf ab umgehend alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine Überwachung rechtlich haltbar ist; so z.B. eine Ankündigung im Amtsblatt zu verfassen, dass zwecks Verhinderung von Owi / bzw. Straftaten eine Kameraüberwachung ab sofort, spätestens ab dem 01.01.2018 auch in den Rand- und den ausgewiesenen Natur- und Vogelschutzgebieten stattfinden wird.

2-3 Wildtierkameras werden angeschafft und betrieben. Die Kosten hierfür werden aus dem defizitären Forstbewirtschaftungsplan entnommen. Wenn Umweltsünder ermittelt werden können, wird der Rahmen des ausgewiesenen Bußgeldes auch der Höhe nach vollständig ausgeschöpft.

Unserem Antrag Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen derartige Egomanen zu überführen, sind scheinbar nicht gewünscht. In Naturschutzgebieten ist ein derartiges Verhalten eine Straftat.

Andererseits sollen Ordnungshüter vermehrt darauf achten, dass Hundehalter die Hinterlassenschaften ihrer Hunde beseitigen und gegebenenfalls mit einem Bußgeld belegt werden.

Es drängt sich geradezu der Verdacht auf, dass nach dem Motto gehandelt wird die Großen (Müllsünder) lässt man laufen - bei den Kleinen wird gezeigt was Recht ist.

Dieser Verdacht verstärkt sich weiter durch die Ablehnung der Verwaltung Politessen in die Wohngebiete zu schicken, um Ordnungswidrigkeiten vor Ort zu ahnden, wozu auch Falschparker gehören. Ein entsprechender Antrag von FDP, Aktive, Grüne zur Schaffung einer halben Politessenstelle ist prinzipiell zu begrüßen, findet jedoch nicht unsere Zustimmung, weil diese Stelle befristet sein sollte.

Beispiel 3

Die Grundsteuer A wird der bisherigen und geplanten Erhöhung der Grundsteuer B prozentual angepasst, ab 2018 auf 264 v.H. und ab 2019 auf 330 v.H.

Seit den Grundsteuererhöhungen 2009 und künftig bis 2021 wurde und wird eine Erhöhung der Grundsteuer A gar nicht oder nur minimal durchgeführt. Aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz des GG kann eine derartige Ungleichbehandlung nicht nachvollzogen werden.

Ausgehend von einem Hebesatz von 220 v.H. im Jahre 2010 für die **Grundsteuer A** erfolgten in 2011 eine Erhöhung um 15 Punkte, in 2015 wiederum eine Erhöhung um 15 Punkte auf nunmehr 250 v.H.; eine weitere Erhöhung ist bis 2021 nicht vorgesehen. Diese ergibt eine Erhöhung um 13,5 %.

In 2010 betrug der Hebesatz für die **Grundsteuer B** 400 v.H., in 2011 gab es eine Erhöhung um 25 Punkte, in 2015 um weitere 55 Punkte und für 2019 ist eine Erhöhung um mindestens 120 weitere Punkte vorgesehen. Es errechnet sich eine Erhöhung um 20 %, ab 2019 um 50 % (immer bezogen auf den Messbetrag aus 2010).

Die Stadt befindet sich im Stärkungspakt und muss den Haushalt konsolidieren. Es kann der Bevölkerung nicht verständlich gemacht werden, dass einerseits Steuererhöhungen drohen und/oder freiwillige Aufgaben gestrichen werden und andererseits Personengruppen bevorzugt werden bzw. nicht im gleichen Maß adäquate Belastungen aufbringen müssen.

Bei der vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer A ergeben Berechnung eine Einnahmensmehrung, so dass auf die von unserem Kämmerer nunmehr für 2019 angekündigte Erhöhung der Grundsteuer B teilweise verzichtet werden kann. Bei gleichzeitiger Erhöhung von Grundsteuer A und B wären die Steigerungen geringer als prognostiziert.

Auch wenn dieses Plus an Einnahmen nicht den Haushalt heilen kann, so hilft jeder Euro mehr im Stadtsäckel.

Es erschließt sich mir nicht, warum eine moderate Anpassung der Grundsteuer A – trotz Zustimmung der CDU von Anfang des Jahres – immer noch nicht vorgenommen, jedoch bei der Grundsteuer B über Jahre hinweg gewildert wurde.

Auch hier gilt wieder der Grundsatz: *Verschonung weniger – Belastung vieler.*

Alle voraufgeführten Beispiele zeigen deutlich in welche Richtung die GroKo im Rat der Stadt Korschenbroich tendiert.

Heikle Themen werden nicht angepackt, vor allem im Umweltbereich scheint unsere Gemeinde sich nicht zuständig zu fühlen; Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastung unseres Trinkwassers sind nicht gewünscht und laufen uns im Sinne des Eingang zitierten Politikers Edgar Faure als Camembert davon, weil wir diese nicht mehr in den Griff bekommen können.

Positiv zu verzeichnen ist der leichte Überschuss und die daraus resultierende Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes. Dazu geführt haben unerwartete Mehreinnahmen bestehend aus Bundes-, Landes- und Kreiszuweisungen in nicht unerheblichem Umfang. An dieser Stelle erspare ich uns allen erneut auf die einzelnen bekannten Aspekte einzugehen.

Die Haushaltsberatungen dieses Jahres dienen in aller erster Linie dazu, die Oppositionsparteien zum Steigbügelhalter der sozial unausgewogenen Belastung des Haushaltes zu machen, wobei die politische Lobby erneut verschont bleibt.

Darum lehnen wir den Haushalt ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bernd Makowiack

(Korschenbroich, den 28. November 2017)

—————Es gilt das gesprochene Wort—————